



von Betroffenen bei Entscheidungen, so führt dies zu einer neuen Qualität in der Kommunalpolitik, und wir können eine höhere Bürgerzufriedenheit in einer lebendigen Stadt erreichen. Eine Grenzlinie für die Berücksichtigung von Bürgerinteressen ziehe ich für meine Person, wenn rein egoistische Motive Entscheidungen verhindern wollen. Für uns im Linzer Gemeinderat müssen jedenfalls die Gesamtinteressen unserer Stadt, unserer Bevölkerung und eine offene und moderne Entwicklung von Linz Vorrang eingeräumt erhalten.

Kundenfreundliche Stadtverwaltung

Zur bürgernahen Politik gehört auch, daß wir uns täglich aufs neue bemühen, unsere Verwaltung kundenfreundlich und serviceorientiert auszurichten. Wir werden Schulungszyklen für unsere Mitarbeiter anbieten, in denen die Themen „Umgang mit dem Bürger“, „offene Verwaltung“, „dienende Funktion der Behörde“ etc. auf dem Lehrplan aufscheinen. Damit uns eine noch bürgerfreundlichere Verwaltung beim Magistrat, der ESG, der SBL, der GWG und der LIVA gelingt, bedarf es der engen Kooperation mit unserer Personalvertretung, zu der ich sehr herzlich einlade und wozu auch ich bereit bin, meinen Beitrag zu leisten. Wesentlich erscheint mir auch, daß wir die Fähigkeiten unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch in der täglichen Arbeit schätzen und nutzen. Das Kreativitätspotential, das oft im Freizeitbereich vorhanden ist, darf in der Arbeitswelt nicht brach liegenbleiben.

Hebung politischer Kultur

In diesem Zusammenhang darf ich nicht nur auf den Kontakt der Politiker zu den Bürgern eingehen, sondern auch auf die Gestaltung der politischen Kultur der Parteien in diesem Gemeinderat untereinander. In den letzten Jahren hat das Image der Politik insgesamt und der Politiker im besonderen sehr gelitten. Dafür gibt es mehrere

Gründe. Zum einen glaube ich, daß Sachauseinandersetzungen viel zu oberflächlich geführt werden. Von manchen Politikern werden flotte Formulierungen als wichtiger erachtet, als sachkompetente Beiträge zu offenen Fragen. Zum anderen führt natürlich die totale Mediatisierung unserer Gesellschaft und damit der Politik dazu, daß häufig nur Zitate jenes Politikers, der den Medien griffige bzw. herausfordernde Formulierungen bietet, am nächsten Tag in den Zeitungen stehen, die sachlichen Diskussionsunterschiede aber eher nicht herausgehoben werden. Dies ermutigt meines Erachtens spektakulären Aktionismus oder Angriffe auf den Rechtsstaat, weil diese Medienecho garantieren.

Der Sache selbst schaden solche Verhaltensweisen meist mehr als sie nützen. Hinzu kommt, daß die Menschen den Eindruck vermittelt bekommen, die Politik kann offene Fragen nicht in Toleranz und sachlicher Diskussion lösen. Darunter leidet die Glaubwürdigkeit der Politik und der Glaube an die rechtsstaatliche Demokratie. Gerade die beiden Großparteien rufe ich auf, sich besondere Zurückhaltung in den politischen Äußerungen angedeihen zu lassen, denn von uns erwarten sich die Bürger dies in viel stärkerem Ausmaß als von kleinen Gruppen.

Zusammenarbeit der Parteien

In Linz sind wir in den letzten Jahren bereits diesen Weg gegangen, den Weg der Zusammenarbeit der beiden Großparteien bei allen wesentlichen Sachfragen und beim Schutz unseres Rechtsstaates. Folgende weitreichende Beschlüsse darf ich erwähnen, die von einer breiten Mehrheit, jedenfalls von ÖVP und SPÖ, getragen werden:

- der Flächenwidmungsplan Linz Mitte und Süd
- die Aufschließung des Betriebsbaugebietes in Pichling
- der Grünflächenplan
- die Auwaldschutzverordnung
- die 400 Millionen Schilling für die ESG

die Donaubrücke mit Tunnel

das Parkgaragenkonzept für die Innenstadt

die Vergabe von Stadtteiluntersuchungen

die Vergabe von Umweltzuschüssen

der Architektenwettbewerb Urfahr Ost

das Raum- und Funktionsprogramm Altes Rathaus

das Raum- und Funktionsprogramm der dritten AKH-Etappe

und viele, viele andere Beschlüsse mehr.

Die Arbeit in einem toleranten und offenen Klima ist der einzig richtige politische Stil im Interesse aller Linzerinnen und Linzer. Gehen wir diesen Weg der Zusammenarbeit gemeinsam weiter.“

Der Lebensweg des neuen Bürgermeisters

Dr. Franz Dobusch wurde am 9. Mai 1951 in Raab im Bezirk Scharding geboren. Er ist der Sohn des bereits pensionierten Bauarbeiters Ignaz und der Hausfrau Maria Dobusch. Die Familie bestand darüber hinaus aus weiteren vier Kindern, doch ist mittlerweile der jüngere Bruder tödlich verunglückt. Seit 1977 ist Franz Dobusch mit der Mittelschulprofessorin Mag. Monika, geborene Hinterkörner, verheiratet und bewohnt mit ihr und den beiden Kindern Leonhard (7) und Laura (4) eine Eigentumswohnung in Linz an der Huemerstraße 21.

Dr. Dobusch wurde an der Linzer Universität zum Doktor der Rechtswissenschaften promoviert und hat dort zunächst bis 1978 als Vertragsassistent am Institut für österreichische und deutsche Rechtsgeschichte gearbeitet. Von 1978 bis 1981 war er Leiter der Rechts- und Organisationsabteilung der Universitätsdirektion und Stellvertreter des Rektoratsdirektors an der Johannes Kepler Universität Linz. Mit 1. Februar 1981 wurde er zum Rektoratsdirektor an der Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz bestellt, eine Position, die er bis zu seiner anlässlich der Bürger-

meisterwahl erfolgten Freistellung innehatte.

Die politische Laufbahn von Dr. Franz Dobusch begann mit seinem 1975 erfolgten Beitritt zur SPÖ Linz-Stadt. Von Februar 1978 bis Februar 1982 war Dr. Dobusch Landesvorsitzender der Jungen Generation der SPÖ Oberösterreich. Von November 1979 bis November 1985 bekleidete er die Funktion des Bezirksvorsitzenden der Jungen Generation der SPÖ Linz-Stadt. Seit 1981 ist Dr. Dobusch Vorsitzender der SPÖ-Sektion Linz-Neustadt.

Im November 1985 wurde Dr. Dobusch in den Linzer Gemeinderat gewählt und dort als Mitglied in den Fraktionsvorstand, den Planungs- und Hochbauausschuß und den Kulturausschuß berufen. Am 19. März 1987 hat die SPÖ-Bezirksorganisation Linz-Stadt in den zuständigen Gremien über Vorschlag des damaligen Bürgermeisters Prof. Hugo Schanovsky Herrn Gemeinderat Dr. Dobusch als Kandidat für die Funktion des Linzer Bürgermeisters nominiert. In geheimer Wahl hat der Bezirksparteivorstand der SPÖ diesen Vorschlag bestätigt, so daß Dr. Dobusch am 20. März 1987 von seiner Partei der Presse als künftiger Linzer Bürgermeisterkandidat vorgestellt werden konnte. Diese frühzeitige Nominierung war erforderlich geworden, weil Bürgermeister Schanovsky die Partei über seine Absicht informiert hatte, auf alle Fälle spätestens am 20. Jänner 1988 sein Amt als Bürgermeister zur Verfügung stellen zu wollen.